

Existenzsicherung für Kinder oder Unterstützung von Elternschaft? : Unterschiedliche Zielsetzung der Schweizer Familienpolitik

Autor(en): **Kutzner, Stefan**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO**

Band (Jahr): **100 (2003)**

Heft 9

PDF erstellt am: **28.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-840855>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Existenzsicherung für Kinder oder Unterstützung von Elternschaft?

Unterschiedliche Zielsetzungen der Schweizer Familienpolitik

Die SPS und die CVP bestreiten gegenwärtig die familienpolitische Arena in der Schweiz. Sie vertreten dabei unterschiedliche und im Prinzip unvereinbare Wertvorstellungen und Zielsetzungen. In einem Kurs zum Thema «Familie und Familienpolitik» der Weiterbildungsstelle der Universität Fribourg für MitarbeiterInnen und Führungskräfte im Sozialbereich befassten sich die TeilnehmerInnen mit politischen Familienprogrammen.

Im Mittelpunkt des Kurses über Familie und Familienpolitik standen nicht die einzelnen familienpolitischen Massnahmen und ihre technische Realisierbarkeit, sondern die jeweils implizit enthaltenen Wertungen und Zielsetzungen. Gerade der Vergleich zwischen der Familienpolitik der SPS und derjenigen der CVP verdeutlicht anschaulich, dass unter Familienpolitik unterschiedliches verstanden wird.

Beide Parteien orientieren sich an der Schweizer Mittelschichtfamilie, in der beide Eltern erwerbstätig sind und es auch sein wollen. Für arme Familien werden immerhin Ergänzungsleistungen gefordert, weiter wird aber auf ihre Situation nicht eingegangen. Allein Erziehende und Fortsetzungsfamilien spielen in beiden Programmen keine Rolle. Dass es auch MigrantInnenfamilien in der Schweiz gibt, wird im Familienprogramm der SPS wenigstens einmal erwähnt. Man mag zwar kritisieren, dass beide Parteien die Bedürfnislagen der von Marginalisierung bedrohten oder

in materiell prekären Verhältnissen lebende Familien zu wenig zur Kenntnis nehmen, muss aber dann ebenso konstatieren, dass in der Schweizer Sozialforschung viel zu wenig qualitative Forschung über Menschen in diesen marginalisierten und prekären Lebenslagen betrieben wird.

Im Zentrum: Das Kind

Die SPS stellt das Kind in das Zentrum ihrer Familienpolitik, die CVP die Eltern bzw. die Familie als ganze Gemeinschaft.

Grundlegendes Ziel der SPS in ihrem vom Sommer 2002 datierten Programm «Mit Kindern rechnen» ist die materielle Existenzsicherung für Kinder durch den Staat. Adressat der angestrebten familienpolitischen Massnahmen ist nicht die Familie, sondern das Kind: «Jedes Kind soll Anrecht auf ein existenzsicherndes Kindergeld haben, das in Form von Kinderzulage und/oder Steuergutschriften geleistet wird.» Die Anspruchsberechtigung wird dem einzelnen Kind zuerkannt. Die SPS folgt damit einem europaweiten Trend, die Familienpolitik vom Kind her zu konzipieren. Der inzwischen verbreitete und akzeptierte Begriff «Kinderarmut» bringt dieses «kindzentrierte Verständnis» auf den Punkt: nicht die Armut von Familien gilt als Übel, sondern dass Kinder in Armut aufwachsen.

Eltern contra Beziehungsperson

Die Bedeutung der Eltern wird durch diese Sichtweise sehr relativiert. Das zeigt auch die Definition von Familie, die dem SPS-Programm zu Grunde liegt: «Eine Familie ist dort, wo Erwachsene gleich welchen Geschlechts und welchen Zivilstandes mit Kindern bzw. Jugendlichen, die noch in der Ausbildung stehen, zusammen in einem Haushalt leben.» Materielle Sorge und Erziehung als die beiden wesentlichen Verpflichtungen der Eltern werden nicht mehr genannt. Abgesehen davon ist diese Definition vor allem bezüglich der Lebenssituation von Kindern, die in getrennten bzw. geschiedenen Familien aufwachsen, sehr problematisch. Mit dieser Definition wird der Elternteil, der nicht mehr mit seinen Kindern zusammenwohnt, nicht mehr in seiner elterlichen Verpflichtung für seine eigenen Kinder verstanden. Dass die Nicht-ersetzbarkeit von Eltern das wesentliche Merkmal von Familie darstellt, wird unterschlagen.

Motiviert wird diese kindszentrierte Auffassung durch das Ziel der Sozialdemokratischen Partei, «Chancengleichheit» für Kinder herzustellen. Unterschiedliche materielle Lebensbedingungen, unter denen Kinder aufwachsen, trügen massgeblich zur ungleichen Verteilung von künftigen Lebensoptionen bei, so die Auffassung der SPS. Durch existenzsichernde Subventionen und Steuergutschriften für Kinder zum einen und durch eine auf Chancengleichheit gerichtete Bildungspolitik im Schul- und Vorschulbereich will die SPS dieser Chancenungleichheit entgegenwirken.

Letzten Endes läuft das Familienprogramm der SPS auf eine weitgehende Entbindung der Eltern von ihren Fürsorge- und Erziehungsverpflichtungen hinaus. Tatsächlich wird aber Familie damit eher geschwächt als gestärkt. Legitimiert wird diese Politik mit der sich angeblich dadurch ergebenden grösseren Chancengleichheit, wenn der Staat mehr direkte Fürsorge- und Erziehungsverantwortung übernimmt.

Mittelpunkt Familie

Die CVP beschreitet familienpolitisch einen entgegengesetzten Weg. Sie formuliert ihre Politik von der Familie her und stellt in ihrem Programm «Familienpolitik: Vision, Auftrag und Ziele der CVP 2003–2007» insbesondere den Gemeinschaftscharakter der Familie heraus, wobei neben den Eltern und den Kindern noch die Grosseltern in die Betrachtungen einbezogen werden. Im Unterschied zur Auffassung der SPS, nach der Familie sich gewissermassen naturwüchsig durch einen gemeinsamen Wohnraum ergibt, beruht nach der Auffassung der CVP die Existenz der Familie auf Leistungen, die von ihren Angehörigen füreinander erbracht werden. Ohne diese Leistungen wäre die Familie als Familie nicht existent.

In dieser Perspektive steht nicht das Kind im Zentrum, sondern die Familie als Gemeinschaft. Die Adressatin der vom Staat betriebenen Familienpolitik ist die Familie. Dem Kind kann kein eigenständiges Recht auf eine vom Staat garantierte Existenzsicherung zukommen. Insofern plädiert die CVP für eine andere familienbezogene Einkommenspo-

litik als die SPS: sie favorisiert die steuerliche Entlastung, das heisst, der Staat soll ihrer Auffassung nach Familien von ihrer Verpflichtung, sich finanziell an den öffentlichen Aufgaben zu beteiligen, zumindest teilweise entbinden.

Das Familienprogramm der CVP ist in der Weise formuliert, als müsste den Eltern, Kindern und Grosseltern ihre besondere Leistung erst noch bewusst gemacht werden. Nur ein Beispiel: «Ihr Beitrag als Eltern: Sie erfüllen eine sehr wichtige Erziehungs- und Sozialisationsfunktion. Sie vermitteln Ihrem Kind Werte und Lebenseinstellungen, die für die gesamte Gesellschaft von grosser Bedeutung sind.» Dieser pädagogische Duktus wird nicht abgelegt, ein latentes Misstrauen, dass die Eltern (resp. Grosseltern) sich ihrer Bedeutung nicht richtig bewusst seien, zieht sich durch das Programm. Insofern ist verständlich, dass die CVP die pädagogische Qualifizierung vor allem der Eltern fordert: «Elternbildung und -beratung müssen mehr Beachtung und Unterstützung finden, damit Eltern unterschiedlichster Herkunft diese Angebote nutzen können.» Implizit plädiert die CVP für eine Verberuflichung der Elternschaft, womit sie gegenüber der SPS in das andere Extrem gerät.

Die reale Bedeutung der Familie

Eltern sind viel mehr als erwachsene Bezugspersonen, sie sind aber auch nicht qualifizierte und leistungsorientierte BetreuerInnen. Allerdings ist der CVP zu Gute zu halten, dass sie gegenüber der SPS (und im übrigen auch der FDP) die Bedeutung von Elternschaft und Familie mehr herausstellt, wenn auch in sehr überhöhter Form.

Die Relativierung von Elternschaft und Familie, wie sie gegenwärtig in der Schweiz stattfindet, wird langfristig Konsequenzen haben. Um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu fördern, wird der Ausbau einer familienergänzenden Betreuung, vor allem im Vorschulbereich, gefordert. Vergessen wird dabei, dass in Ländern, die über ein stärker ausgebautes öffentliches Bildungssystem verfügen als die Schweiz, sich die Förderung der Vorschulerziehung auf pädagogische und nicht sozialpolitische Zielsetzungen stützt. Dass ein stärker ausgebautes öffentliches Bildungswesen die Erwerbstätigkeit der Frauen fördert, ist ein Nebeneffekt, es war aber nie deren Zielsetzung.

*Stefan Kutzner, Oberassistent am
Departement für Sozialarbeit und
Sozialpolitik der Universität Fribourg*

An dieser Nummer haben mitgearbeitet:

- Christiane Faschon, Redaktorin BR
- Michael Hohn, Präsident der Kommission Richtlinien und Praxishilfen der SKOS
- Ursula Käser, Sozialhilfe der Stadt Basel
- Stefan Kutzner, Oberassistent am Departement für Sozialarbeit und Sozialpolitik der Universität Fribourg
- Rolf Maegli, Vorsteher Sozialhilfe der Stadt Basel, Mitglied der SKOS-Geschäftsleitung
- Walter Schmid, Präsident der SKOS